Zusammenfassung

Gemeinsam Paris-Ziele und nachhaltige Entwicklung erreichen

Internationale Klimakooperation und die Rolle der Entwicklungs- und Schwellenländer

August 2021



d·i·e
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik



German Development Institute

NEW CLIMATE INSTITUTE

VISIT…

LANZAROTE

Caliente.COM

Zusammenfassung

Zur Einordnung: Der Klimawandel verändert die Rahmenbedingungen für nachhaltige Entwicklung

Der Klimawandel ist zu einer umfassenden Bedrohung für alle Länder und Gesellschaften geworden. Die durchschnittliche globale Erwärmung beträgt schon heute über 1°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau und wird weiter ansteigen. Die zunehmenden Folgen des Klimawandels sind schon heute sichtbar.

Schon ab einer Erwärmung von etwa 1,5°C sind einschneidende und unumkehrbare Veränderungen im Klimasystem der Erde zu befürchten. Jenseits von 1,5°C droht der Klimawandel zu einem für die Menschheit unbeherrschbaren Risiko zu werden. Besonders in Entwicklungs- und Schwellenländern würden die Existenzgrundlagen der Ärmsten dadurch am stärksten gefährdet. Bestehende Ungleichheiten könnten sich so verfestigen oder gar vergrößern.

Nachhaltige Entwicklung bedarf einer Stabilisierung des Klimasystems zwischen 1,5°C und maximal 2°C durchschnittlicher globaler Erwärmung. Dies erfordert eine drastische Minderung der globalen Treibhausgasemissionen. Entwicklungs- und Schwellenländer stehen hierbei zunehmend im Vordergrund, da sie schon heute zwei Drittel der globalen Emissionen verantworten. Dies liegt vor allem am wachsenden Energiebedarf der Entwicklungs- und Schwellenländer.

Werden die Ziele des Pariser Abkommens verfehlt, bleibt auch eine gerechte und nachhaltige globale Entwicklung, die niemanden zurücklässt, auf Dauer unerreichbar. Ein entwicklungsorientierter Umgang mit der Notwendigkeit drastischer Emissionsminderungen und mit den nicht mehr zu verhindernden Auswirkungen des Klimawandels erfordert eine enge und Politikfelder übergreifende Verzahnung klima- und entwicklungspolitischer Ansätze, einschließlich Landnutzung, Meeresschutz und Welthandel.

Das Pariser Abkommen und die Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung bieten die notwendigen politischen Handlungsgrundlagen und Zielvorgaben. Ihre konsequente Umsetzung ist die zentrale Herausforderung der Gegenwart, der sich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft weltweit stellen müssen. Dabei sind alle Länder und Bevölkerungsgruppen im Blick zu behalten: niemand darf zurückgelassen werden („leave no one behind“).



Wo stehen wir 5 Jahre nach dem Pariser Abkommen?

Das Pariser Abkommen verpflichtet alle Länder zu zunehmend ambitionierten Anstrengungen, um eine Stabilisierung der durchschnittlichen Erderwärmung deutlich unter 2°C, möglichst bei 1,5°C, zu erreichen. Zugleich betont es die Verantwortung aller Länder, dieses Ziel mittels nationaler Klimabeiträge (NDCs) zu erreichen und verpflichtet alle Länder zur Anpassungsplanung, um die Folgen des Klimawandels zu bewältigen. Ebenso betont es die Notwendigkeit, globale Finanzströme an diesen Zielen auszurichten und verpflichtet die wohlhabenden Länder darauf, arme und klimavulnerable Entwicklungsländer in der Umsetzung ihrer Klimapolitik zu unterstützen.



Die Vorsitzenden der COP21, der Klimakonferenz der Vereinten Nationen, feiern am 12. Dezember 2015 die Verabschiedung des Pariser Abkommens. Foto von Alamy.

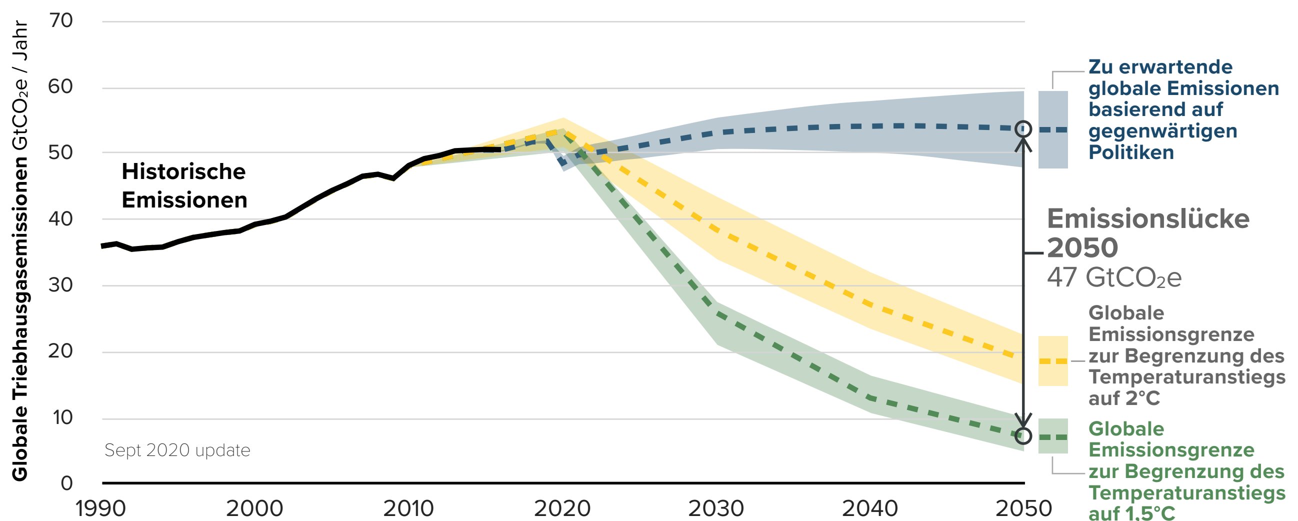
Das Pariser Abkommen wurde in Rekordzeit ratifiziert und ist 2016 völkerrechtlich in Kraft getreten. Entsprechend ist 2020 der erste Zyklus zur Steigerung der nationalen Ambitionen angelaufen. Die seit 2015 vorliegenden NDCs bleiben aber insgesamt noch deutlich hinter dem Anspruch des Pariser Abkommens zurück. Gegenüber dem Ziel, die Erderwärmung auf möglichst 1,5°C zu begrenzen, besteht auf Grundlage aktueller Klimapolitiken auf das Jahr 2050 bezogen eine „Emissionslücke", die 47 Gigatonnen Kohlenstoffdioxid (CO_2) entspricht.

Bislang steigen die globalen Treibhausgasemissionen weiter an, allein im Jahr 2018 auf 55 Gigatonnen. Die Emissionen der OECD-Staaten stagnieren dabei auf hohem Niveau. Die Emissionen der Entwicklungs- und Schwellenländer steigen weiter an und belaufen sich gegenwärtig auf rund zwei Drittel der jährlichen globalen Treibhausgas-emissionen.

Maßgebliche Treiber des globalen Emissionszuwachses sind aktuell Länder hohen mittleren Einkommens. Mittelfristig werden auch Länder mit niedrigen mittleren Einkommen und arme Entwicklungsländer erheblich zu den globalen Emissionen beitragen.

Die Atmosphäre unterscheidet dabei nicht zwischen Nord und Süd. Die Bedeutung der Entwicklungs- und Schwellenländer muss deshalb für eine erfolgreiche Umsetzung des Pariser Abkommens stärker berücksichtigt werden. Die Industrieländer tragen als historische Hauptverursacher des Klimawandels zwar einerseits besondere Verantwortung. Andererseits sind die Ziele des Pariser Abkommens ohne entschlossenes Handeln auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern nicht zu erreichen.

Historische & zu erwartende Treibhausgasemissionen

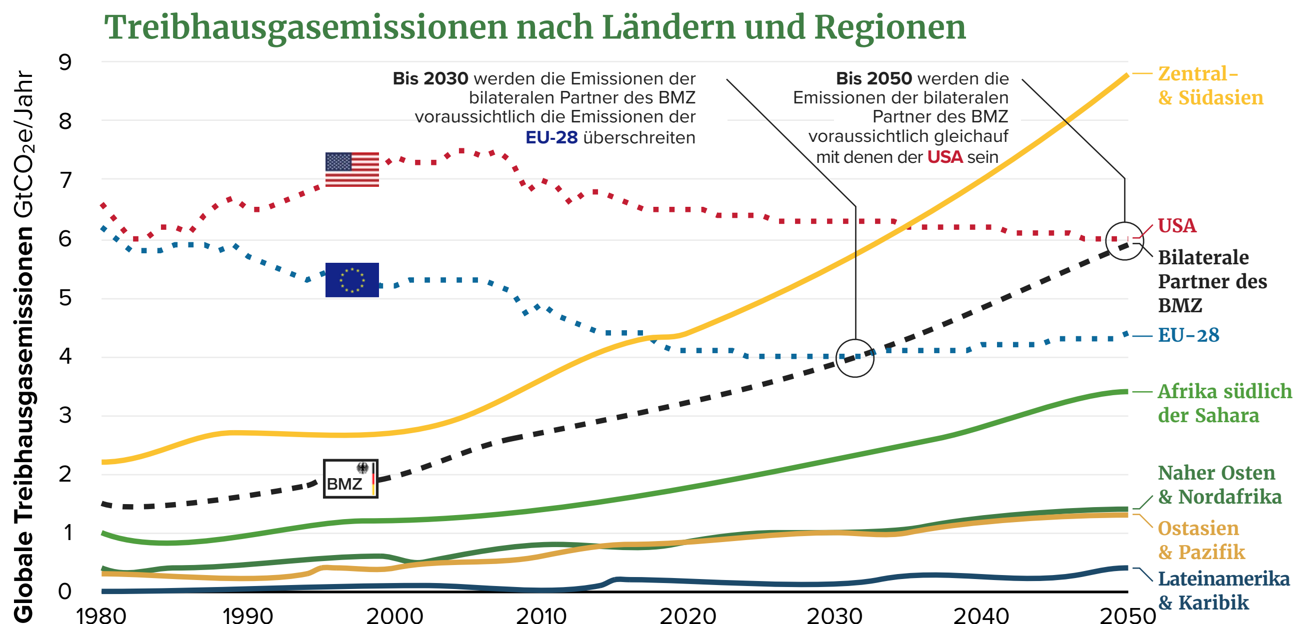


Grafik 1
Historische und zu erwartende globale Treibhausgasemissionen, basierend auf gegenwärtigen Politiken und für unterschiedliche Temperaturpfade. Die gepunkteten Linien stellen die mittlere Prognose dar, die schattierten Bereiche bilden minimale und maximale Emissionen ab. Quelle: Climate Action Tracker, 2020.

Trotz der verlangsamten weltwirtschaftlichen Dynamik infolge der COVID-19 Pandemie steigen die globalen Emissionen aktuell weiter an. Zugleich bremst die Corona-Pandemie den internationalen Klimaprozess und verzögert in vielen Ländern die Formulierung neuer, ambitionierterer Klimaziele. Die bis Mai 2021 von insgesamt 55 Ländern, einschließlich der EU, vorgelegten NDCs entsprechen nur knapp der Hälfte der globalen Treibhausgasemissionen.

Auch mit Blick auf die Anpassung an den Klimawandel werden die Ziele des Pariser Abkommens noch deutlich verfehlt. Erst 20 Länder haben konkrete nationale Anpassungspläne (NAPs) vorgelegt; nur rund ein Fünftel der internationalen Klimafinanzierung wird in Anpassung investiert. Zugleich ist absehbar, dass die internationale Klimafinanzierung trotz substanzieller Steigerungen hinter den von den Industrieländern für den Zeitraum ab 2020 angekündigten 100 Milliarden US-Dollar jährlich zurückbleibt.

Der Zeitraum bis 2030 ist entscheidend, um die Ziele des Pariser Abkommens erreichen und das Weltklima bei 1,5°C stabilisieren zu können. Die Industrieländer müssen dabei vorangehen und zugleich Anreize für transformative Politik auch in Entwicklungs- und Schwellenländern setzen. Speziell die Entwicklungspolitik kann internationale Klimakooperation unterstützen, indem sie den Politikdialog intensiviert, erhebliche finanzielle Ressourcen mobilisiert, grünen Technologietransfer forciert und Kapazitätsaufbau stärkt.



Grafik 2
Historische und zu erwartende Treibhausgas-emissionen von Ländern mit niedrigem oder mittlerem Einkommen pro Region und im Vergleich mit bilateralen Partnern des BMZ, der EU-28 und den USA. Quelle: Gütschow *et al.*, 2020.

Ambitionssteigerungen der Entwicklungs- und Schwellenländer hängen maßgeblich vom politischen Willen in den Ländern sowie von vorhersehbarer und verlässlicher Unterstützung ihrer internationalen Partner ab. Die internationale Zusammenarbeit sollte sich auch jenseits der Entwicklungszusammenarbeit konsequent an der Umsetzung nationaler Klimapolitiken im Kontext der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) und der multilateralen Abkommen zum Schutz von Artenvielfalt, Wäldern und Meeren ausrichten. Politische Prioritäten, Rahmenbedingungen und Investitionen sind an diesen Erfordernissen zu orientieren. Entsprechender Anpassungsbedarf besteht in allen Ländern und auf allen Handlungsebenen.

Die Herausforderungen des Klimawandels und der nachhaltigen Entwicklung entschlossen und glaubwürdig anzugehen, ist dabei ebenso sehr eine Frage nationaler Eigeninteressen als ein Gebot der internationalen Solidarität.

Warum sind die bisherigen Anstrengungen immer noch unzureichend?

Bei 100%iger Umsetzung lassen die bisher vorliegenden NDCs bis zum Ende dieses Jahrhunderts eine durchschnittliche globale Erwärmung von etwa 3°C erwarten. Die klimapolitischen Ankündigungen vieler Länder werden jedoch noch nicht konsequent umgesetzt. Es ist vielerorts eine große Herausforderung, die vorgelegten NDCs in konkrete politische Maßnahmen, nationale Entwicklungsplanung, ausreichende Investitionen und regulatorische Rahmenbedingungen zu übersetzen.

Viele Schwellenländer mit rasant steigenden Emissionen sehen sich im internationalen Vergleich selbst noch als Entwicklungsländer. Sie nehmen Klimaschutz als zusätzliche Belastung wahr und für sich in Anspruch, weiterhin Treibhausgase emittieren zu dürfen. Sie sind deshalb zurückhaltend, wenn es um Ambitionssteigerungen und internationale Zusagen geht. Teile der getroffenen Zusagen sind zudem konditional, vorbehaltlich internationaler Unterstützung.

Viele Länder verhalten sich widersprüchlich. Sie setzen sich einerseits ambitionierte Ziele, etwa durch die Einführung von Kohlenstoff-Preisen oder Klimarisikoversicherungen, investieren andererseits aber auch in den Ausbau fossiler Energiesysteme und konventionelle Stadtentwicklung. Hier muss internationale Zusammenarbeit Alternativen aufzeigen und unterstützen, um Emissionstrends dauerhaft umzukehren.

Die Chancen, Klimapolitik zur Steigerung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit und Entwicklung zu nutzen, bleiben in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern unerkannt. Anpassungsanforderungen und klimabedingte Risiken haben angesichts drängender aktueller Herausforderungen selten Priorität auf der Agenda nationaler Regierungen. Die Einsicht, dass klimagerechte Investitionen heute nicht nur langfristig kosteneffizienter wären als reaktive Maßnahmen auf zukünftige Schäden, sondern auch neue Innovations-, Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven schaffen können, setzt sich nur langsam durch.

Das Gros der Vertragsstaaten des Pariser Abkommens hat noch einen weiten Weg zur Treibhausgas-Neutralität vor sich. In der Summe müssen nicht nur die großen Emittenten, sondern auch viele kleinere Entwicklungs- und Schwellenländer ihrem Bekenntnis zum Pariser Abkommen noch angemessene Taten folgen lassen.

Worauf lässt sich aufbauen?

Einzelne Länder verfolgen bereits langfristige Strategien zur „Dekarbonisierung" ihrer Volkswirtschaften. Das neue Klimaziel der EU (mindestens 55% Emissions-minderung gegenüber 1990 bis 2030 und Klimaneutralität bis 2050) oder die Ankündigung Chinas (Emissionsspitze vor 2030, CO_2-Neutralität bis 2060) weisen in diese Richtung.

Die Rückkehr der USA unter das Pariser Abkommen sowie die Verkündung geplanter Ambitionssteigerungen anderer Länder, unter anderem während des Gipfeltreffens von Präsident Biden, weckt weitere Erwartungen. Auch die seit 2015 vorgelegten NDCs vieler Entwicklungs- und Schwellenländer enthalten vielversprechende Ansätze.

Absichtserklärungen zum Erreichen von Netto-Nullemissionen von insgesamt 127 Ländern decken aktuell etwa 63% der weltweiten Emissionen ab. Ein konsequentes Umsetzen dieser Absichten würde die internationale Gemeinschaft näher an eine Begrenzung des Klimawandels auf 2°C heranbringen. Bisher haben allerdings nur wenige Länder ihre Absichtserklärung gesetzlich verankert oder in konkrete Langfriststrategien (LTS) übersetzt.

Weltweit leisten auch zivilgesellschaftliche und privatwirtschaftliche Akteure sowie öffentliche Verwaltungen unterhalb der nationalen Regierungsebene (Städte, Bundesstaaten) wichtige Beiträge. Sie erhöhen den Handlungsdruck auf die Vertragsparteien des Pariser Abkommens und tragen durch eigenständiges Engagement („climate action") auch in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern konkret zu Ambitionssteigerungen bei.

Die Ziele des Pariser Abkommens stehen in einem untrennbaren Zusammenhang mit der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung. Die notwendige Dynamik zur Umsetzung des Pariser Abkommens kann sich weiter entfalten, wenn Entwicklungs- und Schwellenländer erkennen, dass entschlossene Klimapolitik ihre nationalen Entwicklungsambitionen befördert und nicht behindert. Bei vielen Akteuren setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass erfolgreiche Klimapolitik nur im Einklang mit den SDGs zu erreichen ist.

Die Bedeutung einer nachhaltigen Landnutzung und des Meeresschutzes wird weltweit zunehmend erkannt. Ökosysteme wie Wälder und Moore, Seegraswiesen und Mangroven nehmen derzeit etwa die Hälfte der menschlichen CO_2-Emissionen aus der Atmosphäre auf. Als natürliche Senken schaffen sie grundlegende Voraussetzungen für nachhaltige Entwicklung, Klimaschutz und ökosystembasierte Klimaanpassung und müssen geschützt werden.

Die weltweiten Anstrengungen zur Überwindung der COVID-19 Pandemie bieten große Chancen. So werden in ungekannter Größenordnung Ressourcen mobilisiert, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krise zu überwinden. Sie können im Sinne des globalen Klimaschutzes und klimaresilienter, krisenfester Entwicklung investiert werden („building forward better").

Für die Bewältigung dieser Aufgaben gilt es, die Potenziale und Erfahrungen der internationalen Zusammenarbeit zu nutzen und die Weichen für eine erfolgreiche Umsetzung des Pariser Abkommens und der Agenda 2030 zu stellen. Anders als eine sektoral begrenzte Umwelt- oder Energiekooperation verfolgt speziell die Entwicklungszusammenarbeit umfassendere Kooperationsansätze, die es ermöglichen, zentrale Akteure wie Finanz- und Planungsministerien für transformative Politiken zu gewinnen. Zudem verfügt die Entwicklungspolitik mit ihrem Einfluss auf multilaterale Finanzinstitutionen über die nötigen Hebel, um die internationalen Rahmenbedingungen im Einklang mit den Zielen des Pariser Abkommens und den SDGs zu gestalten.

Was ist jetzt zu tun?

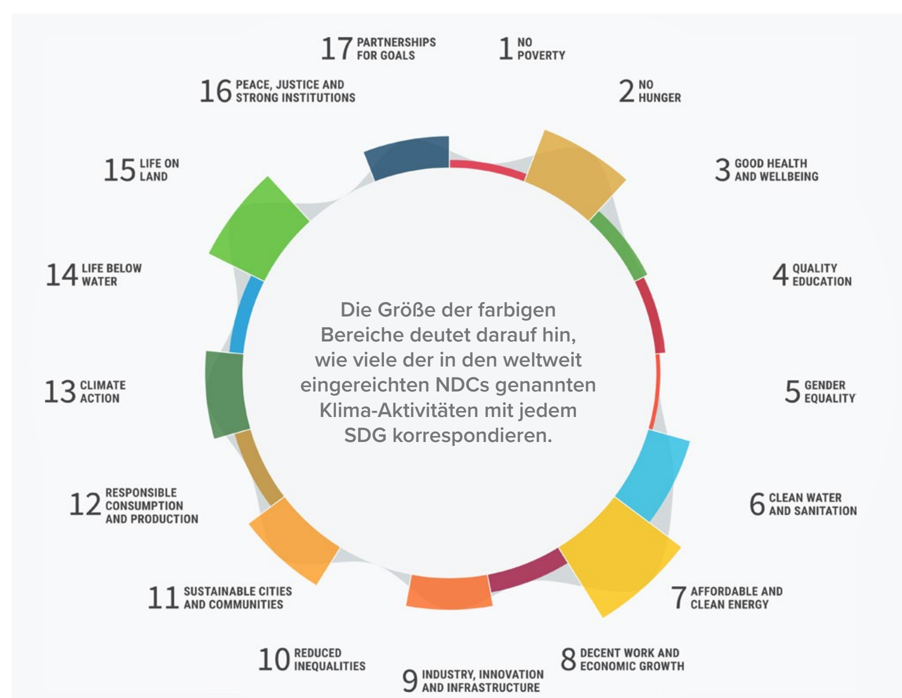
Klimapolitik und nachhaltige Entwicklung zusammen denken

Eine Vielzahl übergreifender Lösungsansätze an den Schnittstellen von Entwicklungs- und Klimapolitik ist bereits bekannt. So kann etwa der Ausbau erneuerbarer Energien und die Verbesserung der Energieeffizienz sowohl die Treibhausgasemissionen mindern als auch verschiedene nachhaltige Entwicklungsziele von Gesundheit über Bildung bis hin zum Aufbau heimischer Industrie und der Schaffung neuer Arbeitsplätze unterstützen. Derartige Lösungsansätze müssen stärker integriert und für eine umfassende systemische Transformation genutzt werden, die das Erreichen der Ziele des Pariser Abkommens und der Agenda 2030 ermöglichen.

Dies kann nur gelingen, wenn jenseits der Transformationsanstrengungen in den Industrieländern auch wirksame Anreize für ein transformatives Umsteuern in Entwicklungs- und Schwellenländern gesetzt werden. Hierzu zählen neben Politikdialog und Finanzierung auch ein entsprechender Technologietransfer und Kapazitätsaufbau. Um ein kohärentes Außenhandeln zu gewährleisten, müssen die entsprechenden, vorwiegend entwicklungspolitischen Maßnahmen durch weitere Instrumente der internationalen Kooperation flankiert werden (einschließlich Handelsfragen und Exportförderung).

Eine instrumentelle Rolle für ein derartiges Umsteuern und die Erfüllung des Pariser Abkommens spielt die Formulierung zunehmend ambitionierter NDCs. Dabei ist die Unterstützung der Entwicklungs- und Schwellenländer bei der Entwicklung kohärenter Klimaziele im Einklang mit ihrer jeweiligen nationalen Entwicklungsagenda im Rahmen des Ambitions-Zyklus des Pariser Abkommens ebenso wichtig wie die Identifikation und Finanzierung entsprechender Maßnahmen und ihrer entschlossenen Umsetzung.

Der Zusammenhang zwischen NDCs und SDGs



Grafik 3
Klima-Aktivitäten in den NDCs und ihr Zusammenhang mit den SDGs. Quelle: www.ndc-sdg.info.

Internationale Voraussetzungen verbessern

Ein wichtiger Schritt im Rahmen der multilateralen Klimapolitik wäre ein baldiger Abschluss der Verhandlungen über Marktmechanismen im Sinne einer robusten Auslegung von Artikel 6 des Pariser Abkommens. Ein entsprechendes Ergebnis der bevorstehenden Klimakonferenz COP26 im November 2021 würde die Mobilisierung erheblicher zusätzlicher Finanzmittel zur Unterstützung von Entwicklungs- und Schwellenländern ermöglichen.

Ein Aufwuchs der internationalen Klimafinanzierung würde international vertrauensbildende Signale senden, die eine gesteigerte Transformationsbereitschaft insbesondere seitens der Entwicklungs- und Schwellenländer erwarten ließen. So etwa durch das Erreichen der seitens der Industrieländer bereits ab 2020 versprochenen 100 Milliarden US-Dollar jährlich und den entsprechend vergrößerten Spielraum zur Finanzierung konditionaler Ambitionssteigerungen der Entwicklungsländer im Rahmen ihrer aktualisierten NDCs.

Klimarisiken systematisch berücksichtigen

In der Umsetzung nationaler Klimapolitik müssen auch Klimarisiken im Sinne nachhaltiger Entwicklung systematisch berücksichtigt werden. Dies gilt für die Entwicklungsplanung und entsprechende Investitionen auf allen politischen Handlungsebenen und in allen Sektoren. Es erfordert fundierte und vorausschauende Risikoanalysen, Frühwarnung und Klimarisikoversicherungen, für die wiederum die nötigen Kapazitäten zu schaffen sind, sowohl in den investierenden Institutionen, wie den Multilateralen Entwicklungsbanken, als auch in den Partnerländern selbst. Dies sind zentrale Voraussetzungen für einen umfassenden Umgang mit Klima- und Katastrophenrisiken und für die Resilienz der Entwicklungsanstrengungen gegenüber den unvermeidbaren Auswirkungen des Klimawandels.

Rahmenbedingungen für nationales Engagement stärken

Oberste Priorität ist das Schaffen der richtigen Rahmenbedingungen vor Ort, um die Eigenverantwortung und Handlungsfähigkeit der Entwicklungs- und Schwellenländer zu stärken. Dadurch können langfristig Strukturen und Institutionen für eine erfolgreiche und selbstständige nationale Klimapolitik aufgebaut werden. Dies kann durch Entwicklungszusammenarbeit technisch wie finanziell unterstützt werden, muss aber in den Ländern selbst gewollt und getragen werden, um nachhaltig wirken zu können.

Dreh- und Angelpunkt für ein stabiles Klima als globales öffentliches Gut ist der weltweite Energiekonsum. Um eine rasche Wende zu einer treibhausgasneutralen Weltwirtschaft zu erreichen, müssen vor allem Angebot und Nachfrage emissionsintensiver Energiesysteme reduziert werden. Dies kann durch regulatorische Rahmenbedingungen und Preissignale ebenso gefördert werden wie durch die gezielte Verknüpfung von

internationalen Finanzierungskonditionen mit Exportkreditgarantien oder der Abschaffung von Subventionen für fossile Energieträger. Angesichts des dynamisch wachsenden Energiebedarfs in Entwicklungs- und Schwellenländern ist der Handlungsbedarf hier besonders groß.

Eine zentrale Rolle kommt der Ausweitung einer wirksamen CO_2-Bepreisung als wohl größter politischer Stellschraube für eine effiziente globale Emissionsminderung zu. Die Entwicklungspolitik kann eine wichtige unterstützende Rolle bei der Einführung entsprechender Instrumente in Entwicklungs- und Schwellenländern und bei der Gestaltung des internationalen Emissionshandels spielen.

Vielversprechende Handlungsfelder priorisieren

Neben diesen übergreifenden Ansätzen sind einzelne Handlungsfelder an der Schnittstelle von Klimapolitik und nachhaltiger Entwicklung von herausragender Relevanz. Zu diesen sektorspezifischen Handlungsfeldern zählen insbesondere die weltweite Stromerzeugung, die politische Gestaltung der Urbanisierung, die Sicherung der Welternährung, der Schutz von Wäldern und Ökosystemen und der Umgang mit den weltweiten Süßwasservorkommen.

Sie verdienen besondere Aufmerksamkeit und entsprechende Prioritätensetzungen, um kurz- und mittelfristig größtmögliche Wirkung zu entfalten und die Schubkraft in Richtung einer umfassenden Transformation für eine klimagerechte nachhaltige Entwicklung zu verstärken. Die internationale Zusammenarbeit kann dabei Anreize setzen und Entwicklungs- und Schwellenländer darin unterstützen, solche systemischen Transformationen vor Ort anzustoßen und zu begleiten.

Es gibt bereits vielfältige Ansatzpunkte für die internationale Klimakooperation mit Entwicklungs- und Schwellenländern. Ihre zentrale Rolle für die Erreichung der Ziele des Pariser Abkommens kann dadurch nachhaltig gestärkt werden. Soweit der politische Wille gegeben ist und förderliche Rahmenbedingungen geschaffen werden können, bieten speziell diese Handlungsfelder eine Vielzahl von Interventionsmöglichkeiten, um die Potenziale und Erfahrungen der internationalen Zusammenarbeit wirkungsvoll einsetzen zu können. Die nachfolgenden Empfehlungen sind dafür exemplarisch und werden in der vorliegenden Studie detailliert ausgeführt und begründet.





Stromerzeugung weltweit modernisieren

Die zuverlässige Bereitstellung und der erschwingliche Zugang zu moderner und sauberer Energie sind entscheidende Voraussetzungen für nachhaltige sozioökonomische Entwicklung, Armutsbekämpfung und die Minderung gesellschaftlicher Ungleichheiten. Zugleich verursacht der globale Energieverbrauch rund 70% der globalen CO_2-Emissionen, 25% allein aus der Stromerzeugung. Der Energiebedarf steigt vor allem in den Entwicklungs- und Schwellenländern dynamisch an.

Handlungsprioritäten

- **Überspringen technischer Entwicklungsstufen („leapfrogging“) zugunsten erneuerbarer Energiesysteme** fördern, um fossile Energien zu verdrängen, insbesondere durch dezentrale Lösungen in ländlichen Räumen und Mobilisierung des Privatsektors.
- **Lokale Alternativen zur fossilen Stromerzeugung** identifizieren und die Nutzung erneuerbarer Energiepotenziale durch neue Technologien, wie beispielsweise Produktion von grünem Wasserstoff, sowie durch angepasste Lieferketten und regionale Energiekorridore stärken.
- **Inklusive Institutionen** aufbauen und stärken, um lokale und nationale Systemwechsel im Energiesektor zum Nutzen aller zu gestalten und Interessenkonflikte zu moderieren.
- **Internationale Kooperationsvorhaben im Energiesektor** konsequent auf Klimaverträglichkeit ausrichten.

Wind- und Solarstromerzeugung. Foto von Mel Stoutsenberger.





Verstädterung klimagerecht gestalten

Städte verantworten schon heute drei Viertel der globalen energiebedingten CO_2-Emissionen. Bis 2050 werden rund zwei Drittel der Weltbevölkerung in Städten leben, angetrieben durch eine rasante Urbanisierung vor allem in Afrika und Asien. Mit den Städten wächst auch ihre klimapolitische Relevanz.

Handlungsprioritäten

- **Emissionsarme städtische Mobilität** fördern durch elektrifizierten öffentlichen Nahverkehr auf Basis erneuerbarer Energien und verbesserte Verkehrsinfrastruktur für Fußgänger und Radfahrer, z.B. über integrierte Raumplanung.
- **In klimafreundliche und -resiliente städtische Infrastruktur und Gebäude** investieren, die emissionsintensive Pfadabhängigkeiten in der Stadtentwicklung vermeiden, Klimarisiken berücksichtigen, naturbasierte Lösungen anwenden und auch marginalisierten Gruppen Zugang zu entsprechender Infrastruktur ermöglichen, z.B. durch die Modernisierung informeller Siedlungen und Slums („upgrading").
- **Inklusiv geplante Anpassungsmaßnahmen** fördern, um die Resilienz der städtischen Bevölkerung gegenüber klimabedingten Risiken zu stärken und soziale Kohäsion zu fördern, z.B. über partizipatorische Elemente wie Bürgerräte und Nutzung sozialer Medien.
- Städtische Akteure gezielt darin unterstützen, das Potenzial ihrer Städte als **Zentren subnationaler Klimapolitik** zu identifizieren und auszuschöpfen, z.B. über Städtepartnerschaften.

Sonnenkollektoren zur Eigenversorgung mit Strom in der Stadt. Foto von BrazilPhotos.





Welternährung emissionsarm sichern

Landwirtschaft ist der Schlüsselsektor vieler Entwicklungs- und Schwellenländer und entscheidend für die Ernährungssicherheit einer wachsenden Weltbevölkerung. Zugleich entstehen in der Summe rund 80% der globalen agrarbasierten Treibhausgasemissionen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Die landwirtschaftliche Produktion zu steigern, um die Welternährung zu sichern und zugleich landwirtschaftliche Emissionen zu mindern, gehört daher zu den zentralen Spannungsfeldern nachhaltiger Entwicklung.

Handlungsprioritäten

- **Die Annahme und Verbreitung klimafreundlicher und klimasicherer Technologien und Praktiken** in der landwirtschaftlichen Produktion fördern, um die Erträge derart zu steigern, dass die Emissionsintensität gemindert und die Resilienz gestärkt werden können.
- **Den Zugang von Kleinbauern und -bäuerinnen zu Krediten und Versicherungen** verbessern, um nachhaltige Investitionen zu mobilisieren und Wertschöpfungsketten abzusichern.
- **Angebots- und Nachfrage-seitige Maßnahmen kombinieren,** um insbesondere Emissionen aus der Fleisch- und Milchproduktion zu reduzieren, vor allem durch die nachhaltige Intensivierung der Viehhaltung in Entwicklungsländern und den Wechsel zu pflanzenbasierten Alternativen sowie entwaldungsfreien und klimaneutralen Produkten in Industrieländern.
- Anstrengungen zur **Vermeidung von Ernteverlusten und Verschwendung** verstärken, insbesondere durch verbesserte, emissionsarme Kühl- und Lagermöglichkeiten in Entwicklungsländern und verbessertes Konsumentenbewusstsein in urbanen Mittelschichten.

Alltag für Bauern mit Kühen auf dem Land. Foto von DCPhoto.





Wälder und Ökosysteme schützen

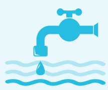
Intakte Ökosysteme sind die natürliche Grundlage menschlicher Entwicklung. Neben vielzähligen überlebenswichtigen Ökosystemdienstleistungen dienen Wälder, Feuchtgebiete und Meere auch als Kohlenstoffsenken, die etwa die Hälfte der menschlichen CO_2-Emissionen aus der Atmosphäre aufnehmen. Die Zerstörung von Ökosystemen führt im Umkehrschluss zu einer steigenden Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre. Wesentliche natürliche Kohlenstoffspeicher liegen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Rund 7% der globalen CO_2-Emissionen sind allein auf die Entwaldung in den Tropen zurückzuführen.

Handlungsprioritäten

- **Die Verzahnung von Artenschutz, Schutz von Ökosystemen und Klimapolitik** verbessern, insbesondere durch die konsequente wechselseitige Berücksichtigung von Artenschutzbelangen in der Klimafinanzierung und von Klimaeffekten in der Biodiversitätsfinanzierung.
- **Abholzung von Tropenwäldern** minimieren, indem globale Märkte für entsprechende Primärgüter reguliert und Anreize für **entwaldungsfreie Lieferketten** geschaffen werden, z.B. über Förderung von Fernerkundungssystemen und Industriestandards für Lieferketten.
- **Die Landrechte lokaler Gemeinschaften** klären und sichern, um deren Verantwortung für den Schutz ihrer Waldressourcen, einschließlich in Schutzgebieten, zu stärken.
- **Indigenes und lokales Wissen** stärker berücksichtigen, um den Schutz und die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen zu verbessern und die umweltpolitische Beteiligung indigener und lokaler Gemeinschaften im Sinne nachhaltiger Landnutzung zu erhöhen.

Holzfäller im Tieflandregenwald in Sabah Borneo. Foto von Mint Images.





Wasser nachhaltig nutzen

Wasser ist die Grundlage allen Lebens auf dem Planeten Erde und notwendige Voraussetzung menschlicher Entwicklung. Vier Milliarden Menschen, vor allem in Entwicklungsländern, haben keinen sicheren Zugang zu sauberem Wasser und sind in ihren Entwicklungsperspektiven eingeschränkt. Der Klimawandel droht diese Situation weiter zu verschärfen. Zugleich sind viele Formen der menschlichen Wassernutzung energieintensiv und verursachen zusätzliche Treibhausgasemissionen.

Handlungsprioritäten

- **Effizienzsteigerungen in der Wassernutzung** fördern, insbesondere durch die Einführung und Verbreitung wassersparender Technologien in wasserintensiven Sektoren wie Landwirtschaft und Stadtentwicklung.
- **Integriertes Wasserressourcenmanagement (IWRM)** stärken, insbesondere durch den Aufbau von Kapazitäten zur Überwachung von Wasserressourcen und -infrastruktur.
- **Minderung von abwasser- und schlammbasierten Treibhausgas-emissionen,** insbesondere durch die Förderung technischer und institutioneller Lösungen zur Reduktion, Aufbereitung und Wiederverwendung von Abwässern, wie z.B. neu errichtete Feuchtgebiete.
- Unterstützung von **Governance-Reformen im Wassersektor,** die darauf zielen, institutionelle Fragmentierung und widerstreitende Interessen im Mehrebenensystem zu überwinden und die Wassersicherheit auch für marginalisierte Gruppen zu stärken.

Frau gesehen, ihre Kanister mit sauberem Wasser am Flussufer zu füllen. Foto von SOPA Images Limited.

Gemeinsam Paris-Ziele und nachhaltige Entwicklung erreichen:

Internationale Klimakooperation und die Rolle der Entwicklungs- und Schwellenländer

Steffen Bauer
Marie-Jeanne Kurdziel
Gabriela Iacobuta
Clara Brandi
Jean Carlo Rodríguez
Delphine Deryng
Jonas Hanshom
Niklas Höhne
Sybrig Smit
Srinivasa Srigiri

d·i·e
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik



German Development Institute

NEW CLIMATE INSTITUTE

Die in diesem Bericht geäußerten Annahmen und Ansichten geben die Meinungen der Autoren wieder, und nicht notwendigerweise die des Kunden.

In Auftrag gegeben vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Für die großzügige finanzielle Unterstützung durch das BMZ bedanken wir uns.

Gefördert durch:



Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

EINEWELT Unsere Verantwortung

60 Jahre Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Attribution 4.0 International
(CC BY 4.0)

Wenn nicht anders angegeben, steht diese Publikation unter der Creative-Commons-Lizenz (CC BY 4.0). Es steht Ihnen frei, dieses Werk zu kopieren, zu verbreiten und zu adaptieren, solange Sie das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) und die Autor*innen nennen.

DOI: 10.23661/r4.2021

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik GmbH

 Tulpenfeld 6, 53113 Bonn, Germany

 +49 (0)228 94927-0

 +49 (0)228 94927-130

 die@die-gdi.de

 http://www.die-gdi.de



https://t1p.de/IZ-PA